



Gewerkschaft der Polizei

Kreisgruppe Steinfurt

GdP Kreisgruppe Steinfurt · Brucknerstraße 4 · 49525 Lengerich

Presseverteiler

Kreisgruppenvorstand

Brucknerstraße 4
49525 Lengerich
Telefon: 02551 / 15-0 – Durchwahl 1515
Telefax: 02551 / 15-1509
Handy: 0175 7213642
Email: Vorstand@GdP-Steinfurt.de
Internet: www.GdP-Steinfurt.de
Konto:
Volksbank Nordmünsterland
Nr. 105 486 00 BLZ 401 637 20

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen

Datum

Gemeinsame Presseerklärung 27.02.2009

Polizeigewerkschafter aus Steinfurt nehmen Rüttgers in die Pflicht

Bereits zum dritten Mal innerhalb von nur drei Wochen demonstrieren am Freitag mehr als 80 uniformierte Polizeibeamte, Kriminalbeamte und Tarifbeschäftigte der Polizei aus dem Kreis Steinfurt in Düsseldorf.

An der Demonstration, zu der erstmals die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Beamtenbundes gemeinsam aufgerufen hatten, nahmen 10.000 Polizisten, Kriminalbeamte, Feuerwehrleute, Lehrer, Klinkbeschäftigte und Verwaltungsangestellte aus ganz NRW teil. Mit der Aktion wollen die Gewerkschaften den Druck auf die Länder erhöhen, in der am Samstag beginnenden vierten Verhandlungsrunde ein deutlich verbessertes Tarifangebot vorzulegen. Bislang haben die Länder bezogen auf das Jahreseinkommen lediglich 2,1 Prozent mehr für dieses Jahr sowie weitere 2,1 Prozent für das kommende Jahr angeboten. „Das ist völlig inakzeptabel“, kritisierten in einer gemeinsamen Presserklärung Klaus Büscher (Gewerkschaft der Polizei) Torsten Roreger (Deutsche Polizeigewerkschaft) und Ulrich Hülsmann (Bund Deutscher Kriminalbeamter) „Das wäre keine Gehaltserhöhung, sondern real eine Gehaltssenkung, weil der Anstieg der Tarifgehälter erneut hinter der Inflationsrate zurückbleiben würde.“

Die Gewerkschafter sehen bei den Tarifverhandlungen auch Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in der Pflicht. Denn dessen Finanzminister Helmut Linssen sitzt als einer der drei Vertreter der Länder bei den in Potsdam geführten Tarifverhandlungen mit am Tisch. „Entschieden wird über die Tarifierhöhung deshalb nicht nur in Potsdam, sondern auch im Düsseldorfer Kabinett.“

„Die Gewerkschafter erwarten von Rüttgers ein klares Bekenntnis, dass er sich nicht nur für die durch Finanzspekulationen in eine Schieflage geratenen Banken einsetzt, sondern auch für diejenigen, die jeden Tag ihre Gesundheit und ihr Leben dafür riskieren, dass wir in Sicherheit leben können“, heißt es weiter in der gemeinsamen Erklärung. „Es kann nicht sein, dass Polizisten, Kriminalbeamte und Tarifbeschäftigte die mit hohem Engagement für die Sicherheit auf unseren Straßen sorgen, Einbrüche aufklären oder Terroristen jagen, nicht mehr wissen, wie sie die Ausbildung ihrer Kinder finanzieren sollen, weil sie immer weniger verdienen. Durch die Kürzung der Jahressonderzahlungen, Streichung des Urlaubsgeldes und

mehrerer Nullrunden sank in den letzten 4 Jahren das Einkommen der Beamten und Beschäftigten im öffentlichen Dienst real um 10 Prozent. Darüber hinaus wurde die Arbeitszeit bei den Beamten um 9 Prozent ohne Lohnausgleich erhöht.“

Für Rückfragen: Klaus Büscher, Tel. 0175 7213642